

## **A N T R A G**

der DIE LINKE.-Landtagsfraktion

**betr.:** Sprachförderung an Schulen ausbauen - kein Kind darf verloren gehen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Saarländische Landesregierung auf, dauerhaft sicherzustellen, dass Unterricht in Deutsch als Zweitsprache flächendeckend in allen Schulklassen möglich ist. Es muss Sorge getragen werden, dass Klassen, in denen der Förderbedarf an Deutsch als Zweitsprache besonders hoch ist, kleiner werden, damit alle betroffenen Kinder und Jugendlichen an den Schulen gezielter unterstützt werden können.

Nötig ist zudem eine klare Bestandsaufnahme und Analyse der Situation an den Schulen durch die Landesregierung.

Um zu verhindern, dass sich an manchen Schulen in Stadtteilen mit besonders vielen Benachteiligten zusätzliche Probleme häufen, muss zudem für eine gleichmäßige Verteilung von Geflüchteten- und Zuwanderungs-Familien in den Stadtgebieten und Gemeinden gesorgt werden.

### **B e g r ü n d u n g:**

Eine Anfrage (Drucksache 16/1069) hat 2019 ergeben, dass sich an bestimmten Schulen im Saarland überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler aus Geflüchteten- und Zuwanderungsfamilien befinden, von denen viele Bedarf an einer Förderung in Deutsch als Zweitsprache haben: Grundschule Bachschule Neunkirchen: 58 Prozent, Grundschule Am Stadtpark Neunkirchen: 53 Prozent, Grundschule Saarbrücken Wallenbaum: 44 Prozent, Grundschule Weyersberg Saarbrücken; 43,1 Prozent.)

2018 hatte eine Anfrage (Drucksache 16/276) ergeben, dass an der Grundschule Wallenbaum Saarbrücken 43 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutsch als Zweitsprache gefördert werden, an der Grundschule Neunkirchen-Bachstraße 37 Prozent, an der Grundschule Völklingen-Bergstraße/Röchling-Höhe 35 Prozent und an der Grundschule Saarbrücken-Folsterhöhe 34 Prozent.

Am 1. Juni hat das Bildungsministerium in der „Saarbrücker Zeitung“ erklärt: „„Wir kennen die Defizite der Kinder noch nicht, dazu braucht es gezielte Lernstandsanalysen im neuen Schuljahr.“

Dass beispielsweise ausgerechnet die Saarbrücker Stadtteile mit einem ohnehin schon hohen Anteil an Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen, Malstatt und Burbach, außerdem die klassischen „Aufnahmestadtteile“ für Menschen aus Bulgarien und Rumänien sind – und nicht etwa der Rotenbühl mit einem hohen Anteil an Wohlhabenden – sorgt auch an den Schulen für Probleme und muss beendet werden.